

# Beantwortung der Wahlprüfsteine im Namen der SPD Kreis Wesel und Peter Paic, Landratskandidat SPD Kreis Wesel

## Entlastung der Region

- 1) Sieht Ihre Partei das Problem einer Überbelastung der Region Niederrhein durch den Kiesabbau und schwerwiegende Konflikte mit anderen Interessen?

Ja. Kies und Sand stehen nur begrenzt zur Verfügung – räumlich wie mengenmäßig. Entlang des Rheins und seiner einstigen Flussarme wird deshalb seit Jahrzehnten Kies und Sand abgebaut. Immer neue Löcher durchziehen die Landschaft am Niederrhein wie einen Schweizer Käse. Das stößt auf Kritik. Zurecht, weil damit ein Stück Kulturlandschaft für immer zerstört wird. Für eine langfristige Nutzung steht dieses Land danach nicht mehr zur Verfügung. Es ist verloren für Landwirtschaft und Naherholung, für neue Wohn- oder Gewerbegebiete und noch viel mehr für den Erhalt einer unzerstörten Umwelt. Deshalb muss der grenzenlose Abbau von Kies und Sand gestoppt werden, der nicht nur den hiesigen Bedarf bedient sondern die internationale Nachfrage nach dem Rohstoff stillen soll. Der kleine Niederrhein kann nicht den Weltbedarf an Kies und Sand decken!

- 2) Wie wollen Sie der Gefahr einer einseitigen naturräumlichen Überbelastung entgegenwirken? Wie können die Flächenausdehnungen begrenzt werden?

Die von CDU und FDP beschlossenen Lockerungen zur Kies- und Sandgewinnung im Landesentwicklungsplan müssen zurückgenommen werden!

Nordrhein-Westfalen braucht eine Rohstoffstrategie, die sparsam(er) mit den endlichen Ressourcen umgeht. Außerdem ist ein Landesentwicklungsplan (LEP) nötig, der Flächen aufspart statt sie zu versiegeln. Statt weiter blind zu entfesseln, wie es die aktuelle NRW-Landesregierung aus CDU und FDP in vielen Bereichen tut, brauchen wir außerdem einen neuen Bedarfsbegriff, damit der künftige Rohstoffbedarf nicht allein von der aktuellen Fördermenge abgeleitet werden darf. Des Weiteren ist es unerlässlich, die Preise für endliche Ressourcen wie Kies und Sand zu erhöhen. Nötig wäre eine Umlagen getriebene Erhöhung der Preise, um einen deutlichen Prozentbetrag bei gleichzeitiger Re-Investition der Einnahmen u. a. in die Forschung und Entwicklung alternativer Baustoffe und Recyclingmethoden. Eine Primärbaustoffsteuer, wie das Umweltbundesamt sie vorgeschlagen hat, ist ebenfalls eine Option, die dazu führen würde, dass Primärbaustoffe verstärkt durch recycelten Kies oder Sand ersetzt werden. Eine Besteuerung von Kies und Sand würde die Recyclingbaustoffe wettbewerbsfähig machen und einen

erheblichen Beitrag zur Steigerung des Recyclings und damit den Abbau begrenzen.

- 3) Halten Sie daher eine planmäßige jährliche Reduzierung der Kiesabbau-Mengen (z.B. 5 %) für notwendig?

Ja. Der Kreistag in Wesel hat seinerzeit einstimmig eine solche jährliche Reduzierung gefordert. Dies verteuert den Primärrohstoff Kies und macht alternative Baustoffe und Recycling wettbewerbsfähig. Dadurch gelänge der sukzessive Ausstieg aus der Kies- und Sandgewinnung am Niederrhein.

- 4) Wollen Sie sich gegen die in der Landesplanung festgeschriebene Verlängerung der Versorgungszeiträume auf von 20 auf 25 Jahre einsetzen?

Ja. Die SPD-Mitglieder im Landtag Nordrhein-Westfalen haben 2019 gegen eine Änderung der Versorgungszeiträume im neuen LEP gestimmt – gegen die Mehrheit von CDU und FDP. Daran lässt sich in den kommenden Jahren aufgrund der Mehrheitsverhältnisse leider nichts ändern. Wir kämpfen aber weiterhin dafür, den Versorgungszeitraum kurz und den Bedarfsbegriff präziser zu fassen.

- 5) An welchen Zahlen soll sich die Bedarfsermittlung orientieren und wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Zahlen aus neutraler Hand zur Verfügung stehen?

Die aktuelle Bedarfsermittlung ist falsch. Das wird ein Gericht hoffentlich bald feststellen. Statt die aktuelle Fördermenge lediglich zu erfassen und als Bedarf für die kommenden Jahre hochzurechnen, muss genau erhoben werden, wo genau der Rohstoff für was eingesetzt wird. Denn wie bereits oben erwähnt, kann der Niederrhein nicht den weltweiten Sand- und Kiesbedarf decken. Wenn der nationale Bedarf klar ist, kann eine Bedarfsmenge kalkuliert werden. Diese muss dann jährlich um einen festen Prozentsatz reduziert werden (s. Frage 3).

- 6) Halten Sie die Einbeziehung des Exports in die Mengenermittlung für richtig?

Ja.

- 7) Wie stehen Sie zur Einführung einer Kies-Abgabe? Welche Gründe sind für Sie ausschlaggebend?

Eine Primärrohstoffabgabe macht Sinn, weil sie endliche Rohstoffe verteuert und damit Alternativen wettbewerbsfähig macht (s. Frage 2). Außerdem könnten die Einnahmen zur zusätzlichen Rekultivierung und zur weiteren Erforschung von alternativen Baustoffen verwendet werden.

- a) Wie stellen Sie sicher, dass ein finanzieller Ausgleich für Folgenutzungen erfolgt?
- b) Welchen Einfluss auf den Preismechanismus schlagen Sie vor, um alternative Verfahren gegenüber dem Einsatz von Primärrohstoffen wie

Kies und Sand für die Wirtschaft und Behörden interessanter zu machen?

c) Welche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung alternativer Baustoffe gehen Sie an?

8) Bisher wurden auf das jeweilige Abgrabungsgebiet begrenzte hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt. Unterstützen Sie demgegenüber hydrogeologische Gutachten für größere Bereiche auch kreisübergreifend zur Klärung des komplexen Wasserhaushaltes am Niederrhein vor dem Hintergrund zunehmender Eingriffe durch den Kiesabbau und drohender Hochwassersituationen bei Starkregen?

Erwiesen ist, dass der Abbau von Sand und Kies negative Auswirkungen auf die Grundwasserkörper hat, und somit auch auf die wichtige Ressource Trinkwasser. Aufgrund dessen ist es geboten, vermehrt hydrogeologische Untersuchungen durchzuführen. Zudem müssen wir dringend verhindern, dass die CDU/FDP-Landesregierung im Landeswassergesetz weitere Entfesselungen umsetzt, die eine Förderung auch in Wasserschutzgebieten zulässt.

### **Besonders schützenswerte Zonen (Tabuzonen)**

9) Unterstützen Sie Tabuzonen als Ziel der Landespolitik in folgenden Fällen:

- a) Wassereinzugs- und -reservegebiete?
- b) Beziehen Sie dabei ausdrücklich Wasserschutzgebiete III B mit ein?
- c) Gebiete zum Schutz von Natur und Landschaft, FFH- und EU-Vogelschutzgebiete?
- d) Ackerflächen mit einer natürlichen Bodengüte von mehr als 80 Punkten?
- e) kulturhistorisch wertvolle Landschaften?

Ja!

Es ist schlichtweg unanständig in Bereiche, die aus gewichtigen Gründen als besonders schützenswert gekennzeichnet wurden, vorzudringen, um sie allein aus wirtschaftlichen Gründen und ohne jegliche Abwägung der Konsequenzen für Flora und Fauna, aber auch den Menschen zu zerstören.

### **Risiko minimierende Maßnahmen und Wiederherstellung**

10) Wie stellen Sie sich beim Verlust landwirtschaftlicher Flächen die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ohne eine Steigerung der Importe vor, die mit zusätzlichen Umweltbelastungen und zusätzlichen Abhängigkeiten verbunden wären?

Rhetorische Frage, oder?

11) Wie wollen Sie die Standards einer qualitätvollen nachhaltigen Wiederherstellung/Rekultivierung sicherstellen und wer soll sie bezahlen und kontrollieren?

Bei der Rekultivierung von zum Kiesabbau genutzten Flächen sollten die jeweiligen Städte und Gemeinden mehr zu sagen haben und bereits im Vorfeld beteiligt werden. Gemäß Verursacherprinzip sollte das kiesabbauende Unternehmen die Flächen im Sinne der Kommune wiederherstellen.

### **Alternativen zum Kiesabbau**

12) Welche Alternativen bei der Substitution der Primärrohstoffe und Änderung der Bauverfahren werden Sie fördern, um eine Reduzierung der benötigten Kies- und Sandmengen zu erreichen?

13) Unterstützen Sie den bevorzugten Einsatz von Recyclingmaterial? Wie wollen Sie im öffentlichen Bereich eine Erhöhung dieses Einsatzes fördern?

Die Fragen 12 und 13 werden im Zusammenhang beantwortet.

Verstärktes Recycling ist eine der wesentlichen Maßnahmen, um den Abbau von Kies und Sand zu reduzieren. Wir müssen mehr Bauschutt recyceln und gleichzeitig neue Baustoffe ausprobieren. Es muss attraktiv sein zum Beispiel mit Holz zu bauen. Damit einher geht allerdings zwingend ein Umdenken in Sachen Sand und Kies, denn nur wenn dem grenzenlosen Abbau ein Ende gesetzt wird und die Preise steigen, in Verbindung mit einer Abgabe, um Schäden zu beseitigen und in die Forschung nach Alternativen zu investieren, wird eine Abkehr von Kies und Sand nötig. Dabei gibt es durchaus Alternativen, gerade im Bereich des häufig genannten Straßenbaus. Zum Beispiel GFK, ein Gemisch aus Glasfaser und Kunststoff. Die GFK-Bauweise ist in Deutschland noch weitgehend unbekannt. Im europäischen Ausland, vor allem in den Niederlanden, wird sie aber bereits häufig angewendet. Die Bauart bietet sich insbesondere für Brücken an, da die Teile im Vorhinein leicht vormontiert werden können, dabei jedoch ebenso tragfähig sind, wie Beton- oder Stahlbrücken und beständig gegenüber Frost und Tausalzen. Solingen ist die erste Kommune in Deutschland, die diesen Werkstoff beim Bau einer Brücke einsetzt. Begleitet wird das Projekt von der Hochschule Bochum. Auch an der HSRW wird aktuell bereits an alternativen Baustoffen geforscht. Hier müssen wir mehr investieren.

14) Welche Ansätze verfolgen Sie, um die Genehmigungsverfahren im Bereich Baustoffrecycling zu vereinfachen und zu beschleunigen?

Denkbar ist eine Initiative, die die Kreislaufwirtschaft in der Bauwirtschaft fördert. Ähnlich dem Bündnis „Kreislaufwirtschaft auf dem Bau“ in Rheinland-Pfalz. Der öffentlichen Hand kommt dabei eine zentrale Rolle als großem Bauabfallerzeuger. Deshalb schloss das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz mit vielen relevanten Akteuren eine Vereinbarung. Darunter beispielsweise die Landesverbände der kommunalen Spitzenverbände, die Architektenkammer, die Ingenieurkammer, der Landesverband Bauindustrie, der Baugewerbeverband, der Industrieverband Steine und Erden und der Baustoffüberwachungsverein. Das Bündnis „Kreislaufwirtschaft auf dem Bau“ hat es sich zum Ziel gemacht, sowohl zum Schutz der Ressourcen als auch mit Blick auf die Entsorgungssicherheit, die Akzeptanz von Recycling-Baustoffen zu erhöhen, um noch mehr Bau- und Abbruchabfälle zu recyceln und Ressourcen zu schonen.